

Vorlagen-Nr. **513/2026**

Öffentlich:	513/2026
nichtöffentlich	

Antragsteller: Ratsherr Moriße (AfD-Fraktion)

Wilhelmshaven, 11.03.2026

Antrag/Anfrage Ratsherr Moriße: "Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben "Ehemaliger Botanischer Garten in Wilhelmshaven""

Beratungsfolge	Sitzungstag
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt	16.03.2026
Verwaltungsausschuss	16.03.2026

Antrag zur Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Ehemaliger Botanischer Garten in Wilhelmshaven. Verwaltungsausschuss 16.03.2026 und Finanzausschuss 16.03.2026

Sehr geehrter Oberbürgermeister,
Herr Vorsitzender des Verwaltungsausschusses,
Herr Vorsitzender des Finanzausschusses,

die jüngsten öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen der Stadtverwaltung und dem Investor Carsten Hippenstiel im Zusammenhang mit dem Gelände des ehemaligen Botanischen Gartens haben zu erheblicher Verunsicherung in der Öffentlichkeit geführt. Der Investor mahnt eine angebliche Rückkaufpflicht der Stadt an, während die Verwaltung erklärt, dass ein solcher Anspruch nicht besteht und ihrerseits Versäumnisse des Investors benennt. Diese widersprüchlichen Darstellungen werden inzwischen ausführlich in der Presse diskutiert und schaden dem Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Stadt Wilhelmshaven.

Um weiteren öffentlichen Schaden abzuwenden und die Faktenlage endlich transparent zu klären, halte ich es für zwingend notwendig, diese Angelegenheit im Verwaltungsausschuss sowie im Finanzausschuss umfassend aufzuarbeiten. Der Rat hat eine Kontrollfunktion, und es ist unsere Aufgabe, die Abläufe, Verantwortlichkeiten und Risiken dieses Bauvorhabens nachvollziehbar darzustellen, damit das Verfahren wieder in geordnete Bahnen zurückkehrt.

Vor diesem Hintergrund beantrage ich, den Investor Carsten Hippenstiel zu den Sitzungen des Verwaltungsausschusses und des Finanzausschusses am 16. März 2026 einzuladen. Darüber hinaus beantrage ich eine ausführliche Unterrichtung durch den Stadtbaurat über den aktuellen Sachstand, die vertraglichen Grundlagen, die bisherige Kommunikation zwischen Verwaltung und Investor sowie die von beiden Seiten erhobenen Vorwürfe und Forderungen.

Ziel ist es, die widersprüchlichen Darstellungen transparent aufzuklären, die Risiken für die Stadt zu bewerten und die Angelegenheit in geordnete und nachvollziehbare Bahnen zurückzuführen.